

Schriftlicher Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen
(15. Ausschuß)
über die von der Bundesregierung beschlossene Zweiundzwanzigste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zollltarifs 1966
(Zollkontingent für Zeitungsdruckpapier)
— Drucksache V/347 —

A. Bericht des Abgeordneten Lange

Die Zweiundzwanzigste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zollltarifs 1966 (Zollkontingent für Zeitungsdruckpapier) — Drucksache V/347 — wurde mit Schreiben des Herrn Präsidenten vom 2. März 1966 als dringliche Vorlage gemäß § 96 a GO dem Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen mit Frist zum 17. März 1966 zur Behandlung zugewiesen.

Die Bundesregierung hatte für das gesamte Kalenderjahr 1966 ein zollfreies Kontingent in Höhe von 525 000 t beantragt.

Der Ministerrat der EWG hat dagegen nur für die Zeit vom 1. Januar 1966 bis 31. März 1966 ein zoll-

freies Kontingent für Zeitungsdruckpapier in Höhe von 131 250 t ($\frac{1}{4}$ der beantragten Menge) genehmigt.

Da Zeitungsdruckpapier aus Nicht-EWG-Ländern zweifelsfrei auch in den restlichen drei Quartalen des Kalenderjahres 1966 eingeführt werden muß, bedauert der Ausschuß, daß der Ministerrat der EWG nicht wie bisher den gesamten Jahresbedarf als zollfreies Kontingent genehmigt hat.

Der Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen empfiehlt, der Verordnung zuzustimmen.

Bonn, den 9. März 1966

Erwin Lange
Berichterstatler

Ausschußantrag umseitig

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

1. der Verordnung — Drucksache V/347 — zuzustimmen;
2. die Bundesregierung zu ersuchen, durch Verhandlungen in Brüssel zu erreichen, daß in Zukunft die Kontingente für Zeitungsdruckpapier in ausreichender Höhe längerfristig, mindestens für die Dauer eines Jahres zur Verfügung gestellt werden.

Bonn, den 9. März 1966

Der Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen

Dr. h.c. Menne (Frankfurt)

Vorsitzender

Erwin Lange

Berichterstatler

angenommen in der 28. Plenarsitzung am 10. März 1966